



Extremistische Gruppen haben eines gemeinsam: „Sie alle propagieren ein sehr vereinfachtes, dichotomes Weltbild, wodurch Personen schnell in Feind oder Freund eingeteilt werden können“, sagt Terrorismusexperte Nicolas Stockhammer

ADOBE STOCK

auch eine andere Kleidung oder die Vernachlässigung von Hobbys, die lange einen hohen Stellenwert hatten.

Auch das Abwenden vom sozialen Umfeld könne ein Hinweis auf eine Radikalisierungsentwicklung sein. „Wenn in Summe mehrere Faktoren zusammenkommen, wie ein veränderter Umgang mit der Familie, schwindende Toleranz oder die Abwertung von Andersdenkenden, kann das ein Alarmsignal sein“, so der Staatsschutz. Wichtig sei, den Kontakt mit der Person zu halten und sich Hilfe zu holen: „Je früher im

Prozess, desto leichter gelingt der Ausstieg.“ Bei der „Beratungsstelle Extremismus“ kann man sich anonym und in mehreren Sprachen beraten lassen. Gemeinsam wird die Situation analysiert. Die Gefühlsebene ist im Fokus, um herauszufinden, was Gründe für den Anschluss an eine extremistische Gruppe sein könnten. Die Dekonstruktion einer Ideologie folge erst, wenn eine Beziehung aufgebaut wurde. „Eltern können das nicht leisten, sondern nur geschulte Personen. Wichtig ist auch: Es funktioniert nur, wenn die betroffene Person es selbst will“, sagt Fabris.

SCHUTZKLAUSEL

Senioren orten Lücken für Neupensionisten

Schwerarbeiter sollen etwa nicht von der Regelung umfasst sein, kritisiert Kostelka.

Bauernfängerei“ ortet Peter Kostelka, Vorsitzender des SPÖ-Pensionistenverbandes, bei der am Mittwoch präsentierten Schutzklausel für das Pensionskonto. Diese soll verhindern, dass Neupensionisten nachhaltig schlechter gestellt werden. Doch nach derzeitigen Plänen würde das nur bei der regulären Alterspension gelten, aber nicht für Langzeitversicherte und Schwerarbeiter, kritisiert Kostelka. „Es wäre eine Unaufrichtigkeit, wenn man das nicht in aller Deutlichkeit sagt.“

In Zeiten hoher Inflation ist das Berechnungsmodell für Neupensionisten ungünstig: Die Beträge auf dem Pensionskonto werden zwar entsprechend der Lohnabschlüsse angepasst, jedoch um bis zu drei Jahre zeitversetzt. Das bedeutet, dass die zuletzt hohe Inflation bei Neupensionisten weniger stark abgeholt wird als bei Personen, die bereits länger im Ruhestand sind. Um zu

verhindern, dass Personen noch heuer in Pension gehen, um von der hohen Anpassung profitieren, soll mit der Schutzklausel ein Ausgleich geschaffen werden. Details sollen noch erarbeitet werden.

„Es wurde gesagt, es muss nachjustiert werden und bei dem Nachjustieren werden wir dabei sein“, kündigt Ingrid Korosec, Vorsitzende des ÖVP-Seniorenbundes an. Sie kritisiert auch, dass die Klausel vorerst nur für 2024 gilt.



Korosec hofft noch auf Änderungen APA

Noch ist unklar, wie groß der Verhandlungsspielraum ist. Grundsätzlich habe man sich in der Koalition auf den Entwurf geeinigt, heißt es aus dem Sozialministerium. Gelten werde die Schutzklausel auch für Korridor pensionisten, die 2024 in Pension gehen, obwohl es schon heuer möglich gewesen



Kostelka will die Klausel ausweiten APA

wäre. Das sei ein Anreiz, länger zu arbeiten. Ob noch weitere Gruppen in die Regelung aufgenommen werden, werde man prüfen. **Vilja Schiret**

FEHLENDE CORONAHILFEN

Klagen angedroht

Ein paar Tausend Firmen in Österreich warten rund ein- einhalb Jahre nach dem letzten Lockdown noch immer auf Coronahilfen. Einige von ihnen wollen nun den Druck auf die Corona-Finanzierungsagentur Cofag erhöhen und drohen mit Klagen.

KORRUPTIONSSTAATSANWALTSCHAFT

Verfahren gegen Wien Energie eingestellt

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat die Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit den Rettungskrediten für die Wien Energie im Sommer 2022 eingestellt. In der Causa waren mehrere Anzeigen eingelangt. Der Verdacht der Un-

treue bzw. der fahrlässigen Beeinträchtigung von Gläubigerinteressen hat sich laut WKStA nicht erhärtet. Die Verfahren seien mangels Nachweisbarkeit kridaträchtiger Handlungen bzw. weil es keine Anhaltspunkte für Befugnismissbrauch gegeben habe eingestellt worden.

MIETDECKEL

SPÖ bleibt bei Nein

Eine Verfassungsmehrheit für den geplanten Mietpreisdeckel ist nicht in Sicht. Die Verhandlungsrunde habe „nichts wirklich Neues gebracht“, hieß es aus der SPÖ. So gebe es keine Zustimmung. Die Regierung sah „konstruktive“ Gespräche.